„Hier galoppieren unzählige Intelligenzbestien einem Technowahn hinterher, der alles zu verwirklichen droht, was machbar ist.“

Frieder Wolz, Dipl.-Physiker, Höhenkirchen (Bayern)

Hölle der guten Vorsätze

Nr. 10/2015 Die Weltregierung – Wie das Silicon Valley unsere Zukunft steuert

Ihr Artikel gewährt einen tiefen Einblick in das dominierende Machtzentrum des 21. Jahrhunderts. Wenn man sieht, wie sich die Technik mit exponentieller Geschwindigkeit entwickelt, erscheinen die alltäglichen politischen Debatten sinnlos, ja wie pure Zeitverschwendung. Doch der Fortschrittoptimismus, der sich damit verbindet, ist fatal. Vielleicht verfolgen die Visionäre des Silicon Valley tatsächlich ehrliche, selbstlose Absichten, aber die Geschichte lehrt uns, dass auf Machtkonzentration immer auch Machtmissbrauch folgt. Und die zukünftige Macht des Silicon Valley scheint in der Historie beispiellos. Wird daher auch der Machtmissbrauch alles Bekannte überschreiten?

Florian Eichblatt, Ratingen (NRW)

Die Faszination dieses Dampfkochtopfs Silicon Valley kann man durchaus verstehen. Eine Menge schlauer Leute auf einem Haufen, manche sind sogar klug, einige visionär – weise sind sie nicht. Politik und Gesetze? Lästig. Demokratie? Ach, geh weg! Irgendein Korrektiv? Wofür? Sie sind schließlich vereint im Bestreben, für alle eine bessere Welt zu erfinden – wobei die Frage erlaubt sein muss, wer „alle“ eigentlich sind? Der Weg in die Hölle ist gepflastert mit guten Vorsätzen.

Volker Niederfahrenhorst, Köln

Der Titel trifft den Nerv oder besser das Nervengeflecht unserer Übergangszeit chirurgisch präzise.

Theodosios Ntouvalis, Berlin

Als Buchhändler habe ich meine Erfahrungen gemacht: Diese sogenannten Welterneuerer benutzen die ganze Infrastruktur, wollen sich aber am Erhalt nicht beteiligen.

Matthias Kalb, München

Was soll daran besser sein, wenn scheinselbständige Fahrer auf eigene Kosten ihre Pkw runterfahren und jeder Unfall eine Privatinsolvenz bedeuten kann? Und wer braucht schon selbstfahrende Autos? Stehen sie etwa nicht im Stau? Brauchen keinen Parkplatz und keine Energie? Die Menschheit braucht das ganz sicher nicht, sondern wirkliche Alternativen wie einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr, wozu bei uns auch das Taxigewerbe gehört.

Susanne Keuter, Berlin

Da kann ich nur hoffen, dass Herr Thrun irgendwann einen offenen Onlinekursus anbietet. Damit ich weiß, wie ich meiner Tochter mit Downsyndrom erklären soll, dass jetzt eine chinesische Blechbüchse die Arbeit macht, die sie gern gemacht hätte. Da arbeite ich doch lieber an einem demokratischen System mit, das wenigstens versucht, die Menschen zu beteiligen, und sie nicht mit bunten Apps und billigen Dreingaben auf unbekannte Wege lockt.

Udo Riesenbeck, Vechta

Wir könnten die Wunderwerke stoppen, indem wir ihnen die Kaufkraft verweigern. Warum tun wir es nicht? Weil wir der Technikfaszination hemmungslos erliegen.

Philip Baugut, München

Was besonders enttäuscht an den Einlassungen der Vertreter der Silicon-Valley-Ideologie ist die Gleichgültigkeit gegenüber der sozialen und vor allem die Ignoranz gegenüber der ökologischen Dimension ihres Handelns. Bevor sie ihre Fähigkeiten zur Verbesserung der Welt einsetzen, sollten sie mal prüfen, was denn die wirklichen globalen Probleme sind. Sie hätten diese „Jünger des Fortschritts“ nicht nur als Überwesen beschreiben, sondern auch kritisch hinterfragen sollen.

Maik Harms, Hamburg

Sehr spannend, informativ und einer meiner Titel-Favoriten, da es auch um die Einstellung der Menschen geht, die den Mut haben, ihre Ideen auszuprobieren und umzusetzen gegen alle pessimistischen Zweifler für eine weniger schlechte Welt.

Lea Stunkat, Buchholz (Nieders.)

Es wird eben nicht geteilt, sondern es gibt Anbieter und Nutzer. Und der Nutzer zahlt. Weshalb da von Shared Economy gesprochen wird, ist nicht zu verstehen. Am Ende geht es um Geld und Macht und erst dann um die Veränderung der Welt.

Sven Ehrecke, Rostock

Weltbeglückungsvisionäre, die meinen, sich über die Regeln der Demokratie hinwegsetzen zu können, und dem Monopol das Wort reden, sind nicht libertär, sondern im Kern totalitär.

Dr. Constantin Sander, Regensburg

Wenn man das liest, muss man sich den Fortschritt als rasende Rückfahrt in die selbst verschuldete Unmündigkeit vorstellen.

Heinz Abler, Winterthur (Schweiz)

Empörtes Augenrollen

Nr. 9/2015 Leitartikel: Warum sich die deutsche Parteiendemokratie reformieren muss

Der Artikel spricht mit Sicherheit einer Mehrheit der Wähler aus dem Herzen. Endlich weniger Jasager und Speichellecker im Parlament, und das Wählen macht wieder Spaß. Die politische Führung müsste sich allerdings mit intelligenten, auch kantigen Mitarbeitern auseinandersetzen. Ich fürchte, deshalb wird daraus nichts.

Claus Hoof, Handorf (Nieders.)

Wie fragwürdig die Rolle der Parteien ist, zeigt sich schon an ihrem internen Entscheidungsverfahren. So hat die FDP für die Kandidatenaufstellung zur Hamburger Bürgerschaftswahl aus 2000 Mitgliedern eine Vertreterversammlung mit etwa 120 Nominierten bestimmt. Dafür sind hinter den Kulissen Absprachen getroffen worden. Die führten dazu, dass die Bewerber, die nicht zu den vorausgewählten Personen gehörten, keine Chance hatten, nominiert zu werden. Der Anspruch von Parlamenten, die Bevölkerung repräsentativ zu vertreten, erweist sich als Trugbild.

Prof. Dieter Biallas, ehem. FDP-Mitglied, Hamburg

Zehn Jahre lang habe ich mich für die Union ehrenamtlich engagiert und auch versucht, junge Leute für die politische Arbeit zu motivieren; leider mit mäßigem Erfolg. Schließlich konnte ich ihnen nicht viel mehr in Aussicht stellen, als Plakate aufzustellen und am Infostand Dienst zu tun. Um bei wichtigen Entscheidungen mitreden zu können, hätten sie zumindest als Delegierte für die Parteitage gewählt werden müssen. Auf dieser Liste standen aber seit einer gefühlten Ewigkeit die Namen verdienter Parteisoldaten. Mein Vorschlag, das Delegiertenprinzip aufzuheben und allen Mitgliedern ein Stimmrecht auf Parteitagen einzuräumen, wurde mit empörtem Augenrollen abgeschmettert.

Tanja Gutte, Offenbach (Hessen)

Eine Alternative zur staatlichen Parteienfinanzierung wäre die reine Finanzierung durch Großkonzerne. Wer kritisiert, dass man in Deutschland ein Parteibuch für eine politische Karriere braucht, sollte sich fragen, ob ein volles Konto oder bedingungslose Loyalität bessere Alternativen sind. Die populistische Kritik ist gefährlich, da sie genau die Parteienfeindschaft befeuert, die die Demokratie gefährdet.

Silke Kaiser, Münster (NRW)